



Weltklimakonferenz (COP23): Schluss mit dem faulen Zauber Wir treiben die bösen Geister des Klimawandels aus: Kohle, Erdöl, Atom! 11.11.2017 in Bonn (WCCB)

Die nächste Weltklimakonferenz (COP23) wird von den Fidschiinseln, einer Inselgruppe im Südpazifik ausgerichtet, deren sensibles Ökosystem durch den steigenden Meeresspiegel, veränderte Niederschlagsmengen und Sturmfluten massiv bedroht ist. Weil die Inselgruppe jedoch kaum Platz hat, um eine derart große Veranstaltung auszurichten, findet der nächste Internationale Klimagipfel vom 06. bis 17. November in Bonn statt. In unmittelbarer Nähe befindet sich Europas größte CO₂-Quelle, das rheinische Braunkohlerevier, einer der Mitverursacher des steigenden Meeresspiegels. Zeitgleich beginnt während der Klimakonferenz am 11. 11. auch im Rheinland der Karneval. In vielen lateinamerikanischen Ländern beginnen die Karnevalsfeierlichkeiten ebenfalls im November. Und hier wie dort gibt es im Karneval wütende, unangepasste, rebellische, schräge Elemente.

Wir rufen dazu auf, mit uns zusammen in der alten Tradition des Karnevals am 11.11. um 11.11. Uhr **die bösen Geister des Klimawandels: Atom, Erdöl und Kohle** auszutreiben. Wir setzen uns für eine weltweite Klimagerechtigkeit ein, in der die Zerstörung von Lebensgrundlagen und Vertreibung von Menschen gestoppt werden. „Der Fastelovend (Karneval) war ein wildes Fest, das nachts durch Straßen und Häuser tobte. Für die jeweilige Obrigkeit unkontrollierbar. Immer wieder wurde während des Festes sozialer Unmut abregiert, es gab Verkleidungsverbote und auch Verbote des ganzen Festes, die nie lange eingehalten wurden.“ (Kölner Geisterzug) Der bolivianische Karneval in Oruro richtet sich zentral an den „Tío de las minas“, einen Gott/Teufel, der recht sauer werden kann, wenn man ihn nicht gut genug behandelt.

Deutschland ist Weltmeister bei der Förderung des Klimakillers Braunkohle, gehört zu den zehn Ländern mit dem höchsten CO₂-Ausstoß und führt die Liste der sechs größten Klimasünder in Europa an. Deutschland gehört auch zu den sieben Ländern, die zusammen für 63 Prozent der Erderwärmung verantwortlich sind. **Der große Einfluss der Kohlelobby und Autoindustrie verhindert bisher auch bei uns eine konsequente Umsetzung der CO₂-Reduktionsziele.**

Deutschland ist nicht nur Braunkohleweltmeister, sondern fördert Kohleprojekte in anderen Ländern mit Krediten und bezieht einen Großteil der benötigten Kohle aus sogenannten Schwellenländern. **Einen Fahrplan für den Kohleausstieg gibt es nach wie vor nicht.**

Ebenso positioniert sich die deutsche Bundesregierung trotz nationalem Atomausstieg nicht eindeutig zu europäischen Atomplänen. Beide Energieformen sind keine Lösung der Klimaprobleme. Wegen des Klimawandels sehen sich die Atomindustrie und deren Lobbyorganisationen (IAEA Paris agreement) in einer ganz neuen Startposition und fordern einen jährlichen Zuwachs von 20 GW der höchst gefährlichen Atomenergie, um das 2-Grad-Ziel der Erderwärmung zu erreichen. Sie fordern „eine ... Unterstützung der Politik für existierende und neue Kapazitäten, inklusive Saubere-Energien-Vergütungssysteme für die Entwicklung der Kernkraft parallel zu anderen sauberen Energieformen“. Nur so könnten sie ihre völlig unwirtschaftliche und gefährliche Energieform wieder ausbauen. **Aber der Ausstieg aus Kohle- und Atomindustrie sind essenziell wichtig für einen sauberen Einstieg in wirklich erneuerbare Energien. – Nein zur Atomlobby als Klimaretter!**

Was ist das Pariser Klimaabkommen wert? US-Präsident Donald Trump hat nun das Klimaabkommen gekündigt und der Rest der Welt ist entsetzt. Alle anderen Vertragsstaaten versichern sich gegenseitig, am Abkommen von 2015 festzuhalten. Dieses wurde von 196 Staaten unterschrieben; das könnte ein großer Schritt in Richtung Reduzierung der Erderwärmung sein. Doch durch die bisherigen freiwilligen Selbstverpflichtungen der einzelnen Staaten wirkt das Abkommen wenig ambitioniert. Um die Erwärmung

der Erdatmosphäre in den kommenden Jahrzehnten auf 1,5 Grad zu begrenzen, bedürfte es drastischerer Maßnahmen. Die freiwilligen Reduktionsziele, die die Staaten eingereicht haben, führen zu einer Erwärmung von 2,7 bis 3 Grad, also ein Zustand, der absehbare katastrophale Veränderungen der Klimasysteme auslösen wird. Es wird bald sehr viel mehr Opfer durch starke Taifune, extreme Niederschläge und dadurch ausgelöste Fluten und Erdbeben sowie krasse Hitze geben. Ohne effektive Maßnahmen werden ganze Landstriche unbewohnbar werden, werden Millionenstädte ihre Trinkwasserversorgung durch Gletscher verlieren und Länder von der Landkarte verschwinden. Dies wird zu millionenfacher Flucht von Menschen führen. Das alles wird derzeit in Kauf genommen, weil eine globale Elite ihre Profite und Wohlstand aufrechterhalten will. Eine vom Profit getriebene Ökonomie verlangt globales Wirtschaftswachstum und verursacht weltweite soziale Spaltungen, Flucht vor Hunger, Krieg, Armut und massive Umweltzerstörungen. In China sterben täglich 4000 Menschen an verpesteter Luft, weil Textilunternehmen wie Wrangler, Hilfiger und Calvin Klein unter Umgehung von Umweltstandards ihre Jeans billigst produzieren lassen, um zu Hause ihre Eier nach Profiten zu befriedigen.

Um das 1,5-Grad-Ziel noch erreichen zu können, müsste der weltweite Ausstieg aus den fossilen Energien spätestens zwischen 2025 und 2030 passiert sein. Das lässt nicht viel Zeit, vor allem wenn wir davon ausgehen, dass die westlichen Industrieländer beim „Abschalten“ vorangehen sollten.

Was müsste geschehen?

Der Energieverbrauch für Produktion und Transport müsste drastisch reduziert werden, zwei Drittel des Öls, die Hälfte des Erdgases und 80 Prozent der Kohlereserven müssten in der Erde bleiben und der Auto- und Flugverkehr sowie die industrielle Fleischproduktion drastisch reduziert werden. Der weltweite Flugverkehr wurde bisher ausdrücklich aus dem Klimaabkommen ausgeklammert. Der Klimawandel ist nicht allein ein Umweltproblem, sondern Ergebnis der gesellschaftlichen Produktionsweise, für die die Industrie- und Schwellenländer stehen. Wenn Klimaschutz mehr als Symptombekämpfung sein will, dann brauchen wir gesellschaftliche Lösungsansätze, mit denen wir soziale Ungerechtigkeit und Naturzerstörung gleichzeitig überwinden. Vor allem ist mit dem Tabu zu brechen, dass der absolute Verbrauch nicht angetastet werden darf. Effizienztechnologien, Substitution durch erneuerbare Energien etc. werden nicht ausreichen, um die nötigen Reduktionen zu erreichen. Unser Produktions- und Konsummodell insgesamt steht auf dem Prüfstand. Unsere Aufgabe wird es sein, auf einer wesentlich schmaleren materiellen Basis eine solidarische Gesellschaft aufzubauen. Dabei steht nicht nur der Kapitalismus mit seinem eingeschriebenen Wachstumszwang zur Disposition, sondern unser Typ von Industriegesellschaft insgesamt. **Was nottut, sind mutige Schritte industrieller Abrüstung.**

Diesen neuen Gesellschaftsentwurf müssen die sozialen Bewegungen weltweit erstreiten. Wenn wir Klimawandel bekämpfen wollen, darf nicht gleichzeitig der weltweite Warenverkehr durch immer mehr Freihandel angeheizt werden. Wenn wir fossile Industrien abschalten, dann muss es ein starkes Netz für die Menschen geben, deren Arbeitsplätze davon abhängen. Und wenn die westliche Handels- und Wirtschaftspolitik Lebensgrundlagen in den Ländern des Südens zerstört, dann haben die Menschen, wenn sie von dort fliehen müssen, bei uns ein Recht auf Willkommen. Wir kämpfen nicht allein für Emissionsreduktionen, sondern für globale Klimagerechtigkeit. Deshalb kommt am 11.11. nach Bonn und vertreibt mit uns die bösen Geister des Klimawandels durch einen Karnevalszug und bunte karnevalistische Elemente am Tagungsort (WCCB) der Klimakonferenz!

Dieser Aufruf wurde durch: Attac-Bonn, Grüne Kreisverband Bonn, D'ont nuke the climate, BI Wendland, Linke Bonn, BUND Kreisverband Bonn, Erwerbslosenforum Deutschland, Initiative Ökosozialismus abgestimmt

Weitere Unterstützer und Erstunterzeichner sind sehr willkommen. Minimale Änderungsvorschläge werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Der Text darf aber auf keinen Fall länger werden und soll in seinen Aussagen erhalten bleiben. Unterstützung, Unterzeichnung und ggf. Änderungen per E-mail an contact@no-climate-change.org melden. www.no-climate-change.org